

Politische Interessensvertretung

Kurzbericht der Austauschgruppe am 31.03.2023

Einzelne Themen und Forderungen, die in der Austauschgruppe diskutiert wurden, waren:

Ein Schwerpunktthema der Diskussion zu Beginn waren die derzeitigen öffentlichen Angriffe um die Glaubwürdigkeit Betroffener aus dem ORG-Kontext und was ein Betroffenenetzwerk als politische Interessensvertretung dagegen tun könnte.

Mehrfach wurde betont, dass sich eine kontinuierliche Austauschgruppe im Netzwerk mit der **Praxis der Aussagepsychologie in Glaubwürdigkeitsbegutachtungen** annehmen sollte, um als Netzwerk faktenbasiert und gut strukturiert gegenzusteuern.

Sensibilisierung und Fortbildung: Zudem sollten Professionen, die mit Kindern und Erwachsenen arbeiten (wie z.B. Justiz, Polizei, medizinische Einrichtungen, etc.), regelmäßig im Thema fortgebildet werden, u.a. auch spezifisch zu DIS und ORG. Diese Schulungen könnten unter anderem auch von Betroffenen durchgeführt werden.

Auch bräuchte es im Netzwerk eine AG, die sich mit der **Praxis im Sozialen Entschädigungsrecht (SER)** kontinuierlich beschäftigt, um für Betroffene das Antragsverfahren zu verbessern. Z.B. sollte das gesamte Verfahren beim SER für Betroffene kostenfrei sein, da gerade bei Ablehnungsbescheiden für viele Antragsteller*innen ein Widerspruchsverfahren mit rechtlicher Unterstützung sonst nicht leistbar ist.

Die **Praxis der Strafverfahren** und das häufig geringe Strafmaß (Bewährungsstrafen und Urteile am unteren Strafrahmen) wurden durch Beiträge der Teilnehmenden problematisiert und kritisiert. Viel zu selten werde das Strafmaß ausgeschöpft, Opferschutz oft hinter Täter- oder Institutionsschutz gestellt. Die Vorgabe, während eines Verfahrens keine psychologische Hilfe in Anspruch nehmen zu können, um das Verfahren nicht zu gefährden, muss mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen widerlegt werden. Auch hier sollte sich im Netzwerk eine AG kontinuierlich mit der Praxis von Strafverfahren beschäftigen, um Statements, Forderungen und Handlungsstrategien für das Netzwerk zu entwickeln.

Was kann das Netzwerk aus-unserer-sicht als politische Interessensvertretung dazu beitragen, dass sich **Unterstützungsangebote** an den Bedarfen Betroffener orientiert, war ebenfalls Thema. Deutlich sollte sich das Netzwerk dafür einsetzen, dass Unterstützungsangebote flächendeckend ausgebaut, niedrigschwellig und barrierearm gestaltet und an den Bedarfen der Betroffenen orientiert sind – für Betroffene aller Tatkontexte unabhängig vom Tatzeitpunkt.

Interdisziplinäre Partizipative Forschung sollte vorangebracht werden, bei der Betroffene aus verschiedenen Tatkontexten im gesamten Forschungsprozess Mitforschende auf Augenhöhe sind, die mitentscheiden und mitgestalten können. Mehr Forschung im Bereich ORG und von Betroffenen gesetzten Themenschwerpunkten. Auch hier wurde eine kontinuierliche AG im Netzwerk für wichtig befunden.

Wie könnten die Forderungen aus der Austauschgruppe weiter umgesetzt werden?

Eine Teilnehmende hatte die Idee, dass Betroffene regelmäßig im Bundestag angehört werden sollten. Themen des Netzwerks sollten **bundesweit, landespolitisch und kommunal** vorangebracht werden. Politische Ansprechpartner*innen sollten dabei auf allen Ebenen direkt von Vertreter*innen des Netzwerks angesprochen werden.

Im Netzwerk sollten die **unterschiedlichsten Beteiligungsformate niedrigschwellig** angeboten werden – auch schriftliche Formate. Für Personen, die lieber schreiben als öffentlich reden wollen, könnte es z.B. Stellvertreter*innen geben, die die Anliegen in die Gruppe tragen und das Geschriebene vorlesen.

Gewünscht wurden auch **Empowerment-Angebote** zur Unterstützung von Betroffenen, die an Beteiligungsprozessen interessiert sind und z.B. in Aufarbeitung, Forschung oder Beiräten mitwirken wollen.

Vielen Dank an alle für die Beteiligung!

Einige Teilnehmende der Austauschgruppe „politische Interessenvertretung“ waren so motiviert, dass sie schon parallel zum Austausch begannen, sich per Chat-Nachrichten zu vernetzen. Daraus entstanden erste weiterführende Kontakte und eine erste politische Stellungnahme, welche an die Bundesministerin Lisa Paus und die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs Kerstin Claus versendet wurde.